

Schriftliche Frage Nr. 3 vom 21. Juni 2019 von Herrn Balter an Herrn Minister Mollers zur Zahlungsmoral junger Belgier¹

Frage

Bereits am 18.11.2018 berichtete der BRF über die schlechte Zahlungsmoral der Belgier: Dem europäischen Konsumentenbericht des Inkassounternehmens Intrum zufolge würden vierzig Prozent der Belgier ihre Rechnungen zu spät bezahlen, entweder wegen finanzieller Schwierigkeiten oder aus Vergesslichkeit. Gerade bei den unter 35-Jährigen hätte im vergangenen Jahr bald die Hälfte der Befragten mindestens einmal eine Rechnung zu spät bezahlt.

Da Kinder von Eltern mit schlechter Zahlungsmoral kein gutes Vorbild hätten, sollte der Umgang mit Geld in der Schule thematisiert werden. Die Eltern wiederum sollten die Kinder über das Haushaltsbudget informieren und ihnen beim Einkaufen auch zu erklären, wie viel man für etwas ausgibt und wo man Geld sparen kann.

Beim Online-Shopping wird die Kreditkarte eher überzogen als im Geschäft aufgrund der gesenkten Hemmschwelle.

Am 18.04.2019 greift das GrenzEcho dieselbe Studie erneut auf mit dem Zusatz, dass die Bevölkerung der DG die Rechnungen im Allgemeinen sehr schnell zahle. Es wird auch erläutert, dass eine Verschuldung oft stattfindet, um die Grundversorgung zu sichern und daher beispielsweise steigende Energiepreise oder Mieten zu einem Anstieg der Verschuldung führen können.

Das Inkassounternehmen Intrum fordert eine Gesetzgebung zur Regulierung der Schuldenindustrie, denn durch die schnell steigenden Kosten der Inkassounternehmen, die von Firmen beauftragt werden, zahle der Schuldner hauptsächlich Inkassokosten anstelle der eigentlichen Schulden zurück. Auch das Netzwerk gegen Armut fordere eine Obergrenze der Zusatzkosten durch Inkassobüros.

Seit Jahren weist die Vivant-Fraktion darauf hin, dass der Umgang mit Geld in Schule thematisiert werden sollte – insbesondere die Gefahren der Überschuldung. Die Kreditinstitute locken auch junge Leute mit günstigen Konditionen, so dass sie leicht in eine Schuldenfalle tappen. Auch wenn es in der DG verhältnismäßig weniger säumige Zahler gibt als im Rest des Landes, sollte uns bewusst sein, dass auch bei uns die Überschuldung ein Problem ist. Zwar könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen helfen, zumindest die Grundversorgung zu decken und wir sind weiterhin der Meinung, dass jeder Mensch erst einmal selbst für sich verantwortlich ist; allerdings sehen wir die Ursache des Problems eher woanders: Erstens die Unkenntnis über das Geldsystem und den korrekten Umgang mit Geld. Ein weiteres Problem ist die Beeinflussung der Menschen durch die Medien, so dass viele Menschen über ihre Verhältnisse leben. Hierunter leiden nicht nur die Verschuldeten selbst, sondern dies ist ein volkswirtschaftliches Problem mit Auswirkungen auch für kleine und mittelständige Betriebe.

Und hier könnte die DG einiges durch Aufklärung und auch durch die Anpassung der Lehrpläne erreichen, um unsere Jugend ein entsprechendes Wissen mit zu geben.

Daher lauten meine Fragen an Sie wie folgt:

1. Ist der Umgang mit Geld im Lehrplan der Sekundarschulen vorgesehen? Wenn ja, was genau wird besprochen? Wenn nein warum nicht?
2. Gibt es seitens der DG Kampagnen um auf die Problematik der Überschuldung präventiv hinzuweisen. (Hiermit meinen wir nicht die korrekte und gute Arbeit der

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

Schuldnerberatung, sondern eher der präventive Angang, damit man erst gar nicht in die Schuldenfalle tappt.)

Antwort

Wie bei anderen gesellschaftspolitischen Themen wie etwa der Verkehrserziehung oder der Erziehung zur gesunden Ernährung ist die Verantwortung bei der Vermittlung des kompetenten Umgangs mit Geld zwischen dem Elternhaus, der Schülerschaft und der Schule auszumachen.

Auch der „Bund der Familien“ forderte bereits im März 2017 Eltern und Schulen dazu auf, ihre Verantwortung bei der „Gelderziehung“ der Kinder zu übernehmen.

Ähnlich wie bei der Vermittlung grundlegender Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, Belastbarkeit, Empathie, Flexibilität hat die Schule sicher auch bei der Problematik des verantwortungsvollen Umgangs mit Geld eine allgemeine erzieherische Rolle zu spielen, die die Regierung auch ausdrücklich unterstützt.

Den Hintergrund zur Behandlung des Themas im Unterricht, auch wenn es nicht explizit als solches aufgeführt wird, bieten unter anderem die Rahmenpläne für schulische Berufswahlvorbereitung und schulische Berufsorientierung, Geschichte, Geografie, Ethik oder Mathematik, in denen ökonomische Zusammenhänge behandelt werden (abrufbar unter: https://www.ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-2221/4415_read-31778/). Einen noch stärkeren Bezug zum Thema weisen die Lehrpläne zur Fächergruppe Wirtschaftswissenschaften auf. In diesen wird bereits ab der Unterstufe des Sekundarunterrichts die Auseinandersetzung der Schüler mit den Themen Taschengeld, allgemeines Konsumverhalten und Bedürfnisbefriedigung vorgesehen, während die älteren Schüler sich mit Fragen der Lebenshaltungskosten, der Einkommenszusammensetzung, des Verbraucherindex oder der Besteuerung beschäftigen sollen.

An dieser Stelle ist auch der Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung zu erwähnen, der in seinen Aufgabenstellungen der letzten Jahre das Thema Geld immer wieder problematisiert, sei es der bargeldlose Zahlungsverkehr, die Taschengeldproblematik oder das Thema Genossenschaften. In den letzten Jahren hat die Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler aus Ostbelgien kontinuierlich zugenommen. Aber nicht nur die Anzahl der teilnehmenden Schüler konnte gesteigert werden, sondern auch die Qualität der eingereichten Arbeiten ist gestiegen, wie an der Preisverleihung 2018 sichtbar wird. Hier hat eine Schulklasse aus Ostbelgien, die sich mit der Geldproblematik im Rahmen der Genossenschaften auseinandergesetzt hat, einen dritten Preis gewonnen. (siehe hierzu: <https://www.bpb.de/lernen/projekte/schuelerwettbewerb/284981/preistraeger-innen-des-schuelerwettbewerbs-zur-politischen-bildung-2018>)

Auch das Institut für Demokratiepädagogik an der Autonomen Hochschule, das mit der Förderung politischer Bildung in unseren Schulen beauftragt ist, sammelt zu diesem Thema gegenwärtig Materialien, die im kommenden Schuljahr zu anwendungsbereitem Unterrichtsmaterial umgearbeitet werden sollen und dann von der Webseite dieser Einrichtung heruntergeladen werden können.

Im rahmenplanorientierten Leitfaden für politisch-demokratische Bildung, der ab dem Schuljahr 2019-2020 auf dem Bildungsserver zur Verfügung stehen wird, wird das angerissene Thema in den gesellschaftlichen Herausforderungen Ökonomie und Gesellschaft sowie Globalisierung thematisiert. Hierzu werden vom Institut für Demokratiepädagogik Unterrichtsmaterialien erstellt, die dann ebenfalls auf dem Bildungsserver abrufbar sein werden.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang erscheinen auch die in einigen ostbelgischen Sekundarschulen organisierten und vom Studienkreis „Schule und Wirtschaft“ betreuten Mini-Unternehmen.

Diese Mini-Unternehmen sind tätig am César Franck Athenäum in Kelmis, an der Pater-Damian-Schule, am Robert-Schuman-Institut in Eupen sowie an der Bischöflichen Schule in Büllingen.

Zu ihrem Tagesgeschäft gehört naturgemäß der Umgang mit Geld und Kosten, aber auch mit Schätzungen und Budgetierung sowie mit Wirtschaftlichkeit und Projektfinanzierung – alles wichtige Bestandteile des von Ihnen aufgeworfenen Themenfeldes.

Zuletzt sei ebenfalls auf ein Einzelprojekt des von Ihnen erwähnten Programms „Wirtschaft macht Schule“ hingewiesen, nämlich das Projekt „Meine Gemeinde“, das sich an Schüler der Primarschulklassen richtet und dessen fünf Module dazu einladen, den eigenen Wohnort in Bezug auf verschiedene Wirtschaftsfaktoren näher kennenzulernen.

In Zusammenarbeit mit der WFG Ostbelgien unternimmt die Lehrperson fünf spielerische Aktivitäten (je 50 Minuten, gerne auch fachübergreifend).

Im Modul „Der Kreislauf des Geldes“ wird insbesondere der Umgang mit Geld behandelt, sein Ursprung und sein Kreislauf näher untersucht.